

Gesamtproblems zweckmäßig zu koordinieren sei, um schnellstens Resultate zu erzielen.

Damit war die Linie aufgezeigt: die Hauptverantwortung war — wie es auch das Plenum unterstreicht — dem Staatsapparat und dabei zuerst einmal unseren Genossen als der führenden Kraft übertragen worden. Um die gesamte Aktion zu verbreitern, um sie nicht nur auf den Schultern unserer Genossen zu lassen, war gleichzeitig auf die Nationale Front orientiert worden.

Klärende Gespräche

Den Auftakt im Rat des Stadtbezirks bildete eine Aussprache. An ihr nahmen der Sekretär für Wirtschaftspolitik bei der Kreisleitung, der Sekretär der Grundorganisation im Staatsapparat und der Vorsitzende der Plankommission teil, der gleichzeitig Büromitglied ist. Bestand von vornherein Einstimmigkeit in den Auffassungen? Ja, sie bestand. Die Dringlichkeit des Problems lag und liegt auf der Hand. Worum ging es?

Es wurde geklärt, was der Maßnahmenplan enthalten soll: Er muß neben der Gesamtauswertung des 6. Plenums auch zu den Reparaturen und Dienstleistungen Stellung nehmen und konkret sagen, was angepackt werden soll; er muß die Verantwortlichkeit der Genossen in den betreffenden Abteilungen, d. h. der zuständigen Abteilungsparteiorganisationen, festlegen; er muß Auskunft über das Wie der Zusammenarbeit mit der Nationalen Front geben und Hinweise auf Aussprachen enthalten, die z. B. mit Handwerksmeistern zu führen sind.

Es wurde geklärt, welche Abteilungen und damit Abteilungsparteiorganisationen, besonders zur Mitarbeit heranzuziehen sind: Man muß sich vor allem auf die Plankommission, auf die Abteilung Industrie und Handwerk, die Abteilung Handel, das Stadtbezirksbauamt und die Abteilung Wohnungswesen stützen.

Es wurde geklärt, mit welchem Kreis in der Nationalen Front vordringlich zusammenzuarbeiten sei: Es muß in erster Linie, da es um Dienstleistungen sowie Klein- und Kleinstreparaturen geht, die

Arbeitsgruppe Mittelstand im Kreisanschluß der Nationalen Front sein.

Drei Schwerpunkte

Nachdem so die nötige ideologische Klarheit und eine Vorstellung über die praktisch durchzuführenden Maßnahmen geschaffen worden waren, erarbeitete die Zentrale Parteileitung beim Rat des Stadtbezirks ihren Plan. Unter Punkt 19 heißt es dort:

„Große Bedeutung für die Versorgung unserer Werktätigen hat die Befriedigung mit den tausend kleinen Dingen des täglichen Lebens, die Verbesserung der Reparaturen und Dienstleistungen. Entsprechend der Struktur des Stadtbezirks Prenzlauer Berg ist diesem Problem größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und ein ganzes System geeigneter Maßnahmen einzuleiten. Dabei sollen sich die Genossen anfangs auf folgende Probleme orientieren:

1. Schaffung von Bereitschaftsdiensten an Sonnabenden und Sonntagen für die Berufsgruppen Installation/Elektrik, Installation/ Gas—Wasser, Kraftfahrzeugschlosser.
2. Schaffung weiterer Reparaturstützpunkte der PGH und des Handwerks auf der Wahlkreisebene.
3. Durchsetzung des 20-Prozent-Anteils an Klein- und Kleinstreparaturen durch die Produktionsgenossenschaften des Handwerks für 1960.“

Damit sind die Hinweise keineswegs erschöpft. Es wird vielmehr hinzugefügt, wer was zu machen hat, d. h., wie praktisch organisiert werden soll: Zusammenkunft mit den Genossen im Sekretariat der Nationalen Front, Hinzuziehung von Genossen aus der Handwerkskammer, Durchführung einer Leitungssitzung der Abteilungsparteiorganisationen der zuständigen Abteilungen im Rat, Diskussion über den vorliegenden Maßnahmenplan, Ausarbeitung eines detaillierten Plans für die tausend kleinen Dinge, die Reparaturen und Dienstleistungen, Aussprachen mit den Obermeistern des Handwerks und ihren Stellvertretern.